

**4. Juni 1989: Massaker auf dem
Platz des Himmlischen Friedens in Peking**
**25 Jahre Tabuisierung, Kriminalisierung
und Verhöhnung der Opfer**



Impressum

Für Menschenrechte. Weltweit.

Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)
Postfach 2024, D-37010 Göttingen
Tel.: +49 551 49906-0
Fax: +49 551 58028
E-Mail: info@gfbv.de
Internet: www.gfbv.de

Bank für Sozialwirtschaft
Konto: 9 471 400
BLZ: 251 205 10
IBAN: DE82 2512 0510 0009 4714 00
BIC: BFSWDE33HAN



Die GfbV ist eine Menschenrechtsorganisation für verfolgte ethnische und religiöse Minderheiten; NGO mit beratendem Status bei den UN und mitwirkendem Status beim Europarat. Sektionen, Büros oder Repräsentanten in Arbil, Bern, Bozen, Göttingen/Berlin, London, Luxemburg, NewYork, Pristina, Sarajevo/Srebrenica, Wien

Text: Ulrich Delius

Redaktion: Inse Geismar

Layout: Tanja Wieczorek, Hanno Schedler

Preis: 2,50 Euro

Herausgegeben von der Gesellschaft für bedrohte Völker im Mai 2014

4. Juni 1989: Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking – 25 Jahre Tabuisierung, Kriminalisierung und Verhöhnung der Opfer

1. Einleitung	5
2. Chance zur Versöhnung wird vertan	5
3. Erniedrigung und Folter politischer Gefangener	6
4. Forderungen der Demonstranten noch immer aktuell	7
5. Hinterbliebene werden besonders bedrängt	8
6. Zensur tilgt Erinnerung an Blutbad	8
7. Amtlich verordneter Gedächtnisverlust macht Staat unglaubwürdig	9
8. Welle von Festnahmen vor Jahrestag	9
9. Tiananmen-Museum in Hongkong eröffnet	12
10. Freiheit für inhaftierte Regimekritiker	13
11. Der Opfer gedenken - Einzelschicksale dokumentiert	14

1. Einleitung

Auch ein Vierteljahrhundert nach dem Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking und der brutalen Niederschlagung von Studenten- und Arbeiterprotesten in zahlreichen chinesischen Städten ist Chinas Staatsführung noch immer nicht bereit, sich ihrer Verantwortung für eines der dunkelsten Kapitel der jüngeren chinesischen Geschichte zu stellen und die Ereignisse neu zu bewerten. Stattdessen wird das Massaker mit Einschüchterungen, dutzenden Verhaftungen, Hausarresten, Einreiseverboten und massiver Zensur auch im 25. Jahr nach der Bluttat tabuisiert. Die Opfer sowie deren Angehörige werden kriminalisiert und verhöhnt. Menschenrechtsanwälte, Journalisten, Professoren, Schriftsteller, Künstler, Wissenschaftler, Menschenrechtsverteidiger, ehemalige Führer der Studentenbewegung und Blogger, die sich für ein angemessenes Gedenken an die Opfer einsetzen, wurden seit Februar 2014 unter fadenscheinigen Vorwürfen festgenommen, um sicherzustellen, dass sie sich im Juni nicht kritisch in der Öffentlichkeit äußern können. Die meisten Festgenommenen wurden im Mai 2014 in Gewahrsam genommen. Vielen Inhaftierten wird eine angemessene juristische oder medizinische Betreuung verweigert.

2. Chance zur Versöhnung wird vertan

Chinas Staatsführung bekräftigt den politischen, wirtschaftlichen und strategischen Weltmachtanspruch der Volksrepublik. Ihr Umgang mit dem Tiananmen-Massaker wirkt jedoch nicht souverän, sondern ist von großer Nervosität geprägt. Auch schadet er ihrer Glaubwürdigkeit auf der internationalen Ebene sowie unter der eigenen Bevölkerung. Chinas Kommunistische Partei (KP) verspielt mit ihrer Politik der Tabuisierung und Kriminalisierung des Massakers eine einzigartige Chance zur Versöhnung und zum Abbau der tiefen Traumatisierung, unter der weite Teile der chinesischen Gesellschaft leiden. Viele Zeitzeugen des Blutbades starben in den vergangenen Jahren oder verübten Selbstmord. So starb am 14. April 2014 im Alter von 74 Jahren der ehemalige führende Funktionär der Kommunistischen Partei Chen Yizi.

Der frühere Mitarbeiter des KP-Generalsekretärs Zhao Ziyang musste nach der Niederschlagung der Proteste aus Peking fliehen und fand schließlich in den USA Aufnahme. Als der schwerkranke ehemalige Politiker im Januar 2014 darum bat, nach China zurückkehren zu dürfen, um dort zu sterben, lehnten die chinesischen Behörden seinen Wunsch ab und forderten, er müsse zunächst schriftlich seine Fehler einräumen und dafür Reue zeigen (*The Telegraph*, 17.4.2014). Chen Yizi hatte während der Demonstrationen immer wieder mäßigend gewirkt und beispielsweise mehrfach den mit ihm befreundeten Sohn Deng Xiaopings aufgefordert, seinen Vater zu bitten, öffentlich darauf hinzuweisen, dass die Demonstranten Patrioten waren.

3. Erniedrigung und Folter politischer Gefangener

Auch 25 Jahre nach dem Massaker ist Chinas Staatsführung nicht zu einer Neubewertung der Ereignisse des Juni 1989 bereit. Der mangelnde politische Wille zu einer Rehabilitierung der Demonstranten wird auch im Umgang mit Bürgerrechtlern deutlich, die sich heute gegen die staatlich verordnete Tabuisierung des Blutbades wenden. Mit aller Macht werden diese kritischen Stimmen nicht nur gewaltsam zum Schweigen gebracht, sondern ihre Glaubwürdigkeit in Frage gestellt und ihre Persönlichkeit zerstört. Mit ihrer Aufforderung zur öffentlich gezeigten Reue greifen Chinas Behörden in das Gruselkabinett maoistischer Machtpolitik, die während Jahrzehnten hunderttausende Menschen zwang, sich öffentlich bloßzustellen und vermeintliche „Fehler“ oder ideologische Abweichungen einzugestehen.

So zwangen die Sicherheitsbehörden den am 3. Mai 2014 festgenommenen Blogger Xiang Nanfu dazu, öffentlich einzugestehen, dass er Geld bekommen habe, um über den von den USA aus operierenden kritischen Internet – Informationsdienst *Boxun* „falsche Anschuldigungen“ gegen chinesische Krankenhäuser wegen Organhandel zu erheben. Auch habe der in Peking lebende Blogger die Vorwürfe von Bittstellern bewusst falsch wiedergegeben und übertrieben sowie Dienste von Prostituierten in Anspruch genommen, musste der Festgenommene in einem Video beichten, das am 13. Mai 2014 vom staatlichen Fernsehsender *CCTV* ausgestrahlt wurde (*South China Morning Post*, 14.5.2014). In dem in den Hauptnachrichten präsentierten Video schaut der Beschuldigte nicht in die Kamera, sondern blickt vermeintlich schuldbewusst auf den Boden (*Die Zeit*, 16.5.2014). „Ich bedauere zutiefst, was ich getan habe. Ich hoffe, dass die Regierung mir Gelegenheit geben kann, mich selbst zu verbessern“, erklärte der 62 Jahre alte Blogger. Der *Boxun*-Gründer Weston Meng wies die Vorwürfe und Schilderungen als haltlos und erfunden zurück. Niemals habe ihn Xiang um Geld gebeten.

Auch die am 24. April 2014 wegen angeblichen „Verrats von Staatsgeheimnissen“ festgenommene 70 Jahre alte Journalistin Gao Yu musste vor der Kamera erniedrigende Selbstkritik üben. Die langjährige Streiterin für mehr Pressefreiheit wird von den Sicherheitsbehörden beschuldigt, ein vermeintlich vertrauliches Dokument der Kommunistischen Partei an das in den USA produzierte oppositionelle chinesischsprachige Nachrichtenmagazin *Mingjing Monthly* gesendet zu haben. Der Herausgeber des Nachrichtenmagazins, Ho Pin, wies den Vorwurf als unbegründet zurück und erklärte, man habe das Dokument von anderer Seite zugespielt bekommen (*South China Morning Post*, 9.5.2014). Trotz dieses Dementis musste Gao Yu mit verdecktem Gesicht vor den Kameras des chinesischen Staatsfernsehens erklären: „Ich glaube, ich habe mit dem, was ich getan habe, das Gesetz verletzt und den Interessen des Landes geschadet...Was ich getan habe, ist sehr schlecht. Ich will ernsthaft und aufrichtig eine Lehre daraus ziehen und bekenne meine Schuld.“ (*Radio Free Asia*,

8.5.2014) Gao Yu war im Jahr 1989 stellvertretende Chefredakteurin der reformorientierten Wochenzeitung *Economics Weekly* und wurde am 3. Juni 1989 für 15 Monate inhaftiert. Weitere sechs Jahre Haft als politische Gefangene verbüßte sie von 1993 an wegen vermeintlichen „Verrats von Staatsgeheimnissen“. Die Journalistin protestierte auch massiv gegen die verfehlte Politik Chinas in Xinjiang, Tibet und der Inneren Mongolei, die in diesen Nationalitäten-Regionen nur die Gewalt anheize. Nachdrücklich verurteilte sie die Verhaftung des uigurischen Professors Ilham Tohti im Januar 2014, da sie die Gewalt im Nordwesten Chinas weiter eskalieren lasse. In einem Beitrag für den chinesischen Dienst der *Deutschen Welle* hatte sie im Jahr 2013 über eine Rede von Staatspräsident Xi Jinping berichtet, der auf einer Propagandakonferenz vor Parteikadern am 19. August 2013 erklärt hatte, dass ein kleiner Kreis von „subversiven Intellektuellen“ das Internet nutze, um die „Führungsspitze der Partei zu verleumden und anzugreifen“ und dass man gegen diese Personen entschlossen vorgehen müsse.

Die erniedrigende Behandlung politischer Gefangener, die ohne Rücksprache mit ihren Rechtsanwältinnen vor einem regulären Strafverfahren in den Medien zur Schau gestellt und zu folgenreichen so genannten „Geständnissen“ gezwungen werden, verletzen das in chinesischen Gesetzen festgeschriebene Folter-Verbot sowie die Anti-Folter-Konvention der Vereinten Nationen.

4. Forderungen der Demonstranten noch immer aktuell

Angesichts der Welle der Repression gegen führende Kritiker der Tabuisierung des Tiananmen-Massakers schwinden die Chancen für einen Ausgleich mit den Überlebenden des Blutbades und ihren Angehörigen. Viele ehemalige Studenten und Akademiker sind von der brutalen Niederschlagung der zumeist friedlichen Proteste tief geprägt und traumatisiert. Wenn Chinas Staatsführung mehr demokratische Reformen und Rechtsstaatlichkeit in der Volksrepublik zulassen will, dann muss sie langfristig auch das Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens neu bewerten.

Denn die Forderungen der Demonstranten des Jahres 1989 sind heute noch immer sehr aktuell, selbst wenn es viele neue Protestformen und andere Akteure in der Bürgerrechts- und Demokratiebewegung gibt. Denn vor 25 Jahren forderten die demonstrierenden Studenten, Arbeiter und Bauern nicht nur eine Demokratisierung des Landes, sondern auch ein Ende von Korruption, Machtmissbrauch und Willkür. Auch die Presse- und Meinungsfreiheit waren bedeutende Anliegen der Demonstranten. An den Zielen der Proteste und den Botschaften der Demonstranten hat sich bis heute wenig verändert. Denn die meisten der weit mehr als 20.000 jährlich in China stattfindenden Demonstrationen richten sich gegen Machtmissbrauch lokaler KP-Funktionäre sowie gegen die Verweigerung der Presse- und Meinungsfreiheit. Keine der Forderungen der Demonstranten des Jahres 1989 ist bis heute erfüllt worden.

Bei dem Massaker am 4. Juni 1989 starben nach Recherchen der „Tiananmen-Mütter“ mindestens 202 Menschen. Ihre Identität konnte namentlich erfasst und geklärt werden. Andere zeitgenössische Quellen sprechen von bis zu 6.000 Opfern der Gewalt. Da China eine transparente Untersuchung des Blutbades verweigert, kann die tatsächliche Zahl der Opfer bis heute nicht schlüssig geklärt werden.

5. Hinterbliebene werden besonders bedrängt

Besonders bedrängt werden die Angehörigen der bei dem Massaker Verstorbenen. So wurde Zhang Xianling, die Sprecherin der Bewegung der „Tiananmen Mütter“, in der sich 128 Angehörige der Getöteten zusammengeschlossen haben, von der Polizei zum Verhör einbestellt. Auch andere Mitglieder dieser Hinterbliebenen-Bewegung wurden von den Behörden eingeschüchtert. Die „Tiananmen-Mütter“ hatten in einem Offenen Brief an die Abgeordneten des Nationalen Volkskongresses im Februar 2014 „Wahrheit, Entschädigung und Gerechtigkeit“ gefordert (Brief veröffentlicht von *Human Rights in China*, 28.2.2014, www.hrichina.org). In dem Schreiben warfen sie der Staatsführung angesichts ihres anhaltenden Schweigens zu den Ereignissen des 4. Juni 1989 mangelnde Moral und ein fehlendes Gewissen vor. Die Unterzeichnenden wiesen in dem Brief darauf hin, dass bereits 35 Hinterbliebene Selbstmord verübt haben, da sie den Schmerz über den Verlust ihrer Angehörigen nicht verwinden konnten und keine Perspektive für eine offizielle Rehabilitierung der Getöteten sahen. So erhängte sich der 73 Jahre alte Ya Weilin am 25. Mai 2012, weil er nach 23 Jahren des Verfassens von Petitionen und Appellen nicht mehr auf Gerechtigkeit hoffte, um die Verantwortlichen für die Ermordung seines Sohnes Ya Aiguo zur Rechenschaft zu ziehen (*Washington Post*, 4.12.2012).

6. Zensur tilgt Erinnerung an Blutbad

Chinas Zensoren lassen nichts unversucht, um im Internet alle Verweise auf das Massaker sowie auf die Anliegen der Demonstranten zu tilgen. Dutzende Begriffe, Eigennamen und Webseiten sind gesperrt. Der Phantasie von Zensoren sind keine Grenzen gesetzt. So sind auf chinesischen Webseiten keine Informationen zu finden zu den Namen bekannter chinesischer Politiker, die bei der Niederschlagung der Proteste schürend und schlichtend eingriffen (Li Peng, Zhao Ziyang, Hu Yaobang, Zhang Xianling). Auch Begriffe wie beispielsweise „Panzer, Massaker, Studentenrevolte, Ausnahmezustand, unterdrücken, auf die Straße gehen, Marsch, Studentestreik, Tiananmen, erinnern, Platz“ ergeben keine Resultate. Selbst bei Zahlen, Zeitangaben und Zahlen-Kombinationen (89, 64, 35, 65-1, 63+1, 4. Juni, heute, morgen, dieser Tag, 25. Jahrestag) bekommt man keine Suchergebnisse. Denn findige Nutzer des Internets hatten zur Umgehung der Zensur zu den 31 Tagen des Monats Mai die vier Tage des Juni addiert

und unter der Zahl 35 Informationen über das Massaker zusammengestellt. Wie wirksam die Arbeit der Zensoren ist, macht das ernüchternde Ergebnis einer Umfrage unter 100 Studenten an vier führenden Universitäten Chinas deutlich. Nur 15 der Befragten erkannten das weltbekannte Foto des Mannes, der sich auf dem Platz des Himmlischen Friedens Panzern entgegengestellt (*Philadelphia Inquirer*, 29.4.2014).

7. Amtlich verordneter Gedächtnisverlust macht Staat unglaubwürdig

Die selektive Wahrnehmung der chinesischen Zeitgeschichte und der staatlich verordnete Gedächtnisverlust beeinträchtigen massiv den Aufbau eines Rechtsstaates in China. Denn ohne eine angemessene Aufarbeitung der schlimmsten Verbrechen gegen die Menschlichkeit bleibt jede offiziell angekündigte Abkehr von Korruption, Vetternwirtschaft, Willkür und Machtmissbrauch unglaubwürdig.

8. Welle von Festnahmen vor Jahrestag

Nach einem Seminar von Menschenrechtsverteidigern, Intellektuellen und Hinterbliebenen der Getöteten, das am 3. Mai 2014 in Peking stattfand, werden 15 Teilnehmer des Treffens zu Verhören bei der Polizei einbestellt, mindestens vier Personen befinden sich seither im Gewahrsam der Sicherheitskräfte. Zum Verhör einbestellt werden die Professoren an der Pekinger Film-Akademie Hao Jian und Cui Weiping, der Universitätsprofessor Guo Yuhua, der Autor und Führer christlicher Hauskirchen Hu Shigen, die Bloggerin Liu Di, der emeritierte Wissenschaftler Xu Youyu von der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften und der Historiker Qing Hui (*Chinese Human Rights Defenders Network*, 6.5.2014). In Gewahrsam werden schließlich Hu Shigen, Liu Di, Hao Ji und Xu Youyu genommen. Festgenommen wurde nach dem Treffen auch der Bürgerrechtsanwalt Pu Zhiqiang, dem Unruhestiftung und Streit mit Polizisten vorgeworfen werden (*Neue Zürcher Zeitung*, 6.5.2014). Der heute 49 Jahre alte Rechtsanwalt hatte 1989 an den Protesten auf dem Platz des Himmlischen Friedens mitgewirkt. Kürzlich vertrat er den Künstler Ai Weiwei in einem Steuerstreit mit den Behörden. Nach den Verhören und Festnahmen warfen chinesische Menschenrechtler den Sicherheitskräften gezielte Einschüchterung vor, um öffentliche Proteste zum 25. Jahrestag zu verhindern.

Pu Zhiqiangs Nichte, die Rechtsanwältin Qu Zhenhong wurde am 13. Mai in Gewahrsam genommen. Die Staatsanwaltschaft wirft ihr vor, sie habe „illegal persönliche Informationen beschafft“ (*South China Morning Post*, 16.5.2014).

Der Bürgerrechtsanwalt Tang Jingling wurde am 16. Mai 2014 in der Stadt Guangzhou festgenommen. Dem 43 Jahre alten Juristen wird „Unruhestiftung“ vorgeworfen. Zuvor hatte ihn die Polizei bereits gewarnt, nicht an Gedenkfeiern zu dem Tiananmen-Jahrestag

Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens

teilzunehmen (*South China Morning Post*, 16.5.2014). Tang war im Jahr 2005 berühmt geworden, nachdem er Dorfbewohner in Südchina unterstützt hatte, die einen Parteikader wegen Korruption des Amtes entheben lassen wollten. Zwar scheiterte das Vorhaben, aber seine Rechtsanwaltskanzlei entließ ihn daraufhin nach massivem Druck der Behörden. Auf Betreiben der KP war kein Arbeitgeber bereit, ihn einzustellen, so dass er schließlich seine Rechtsanwaltszulassung verlor.

Am 8. Mai 2014 wurden in der Stadt Foshan (Provinz Guangdong) fünf Menschenrechtsverteidiger festgenommen, als sie versuchten, einem Gerichtsverfahren beizuwohnen, das der Menschenrechtler Li Weiguo angestrengt hatte, um seine Inhaftierung und Verletzung des Rechts auf Versammlungsfreiheit für rechtswidrig zu erklären. Ende Mai 2013 war der Menschenrechtsaktivist von der Polizei in Haizhu festgenommen worden und 15 Tage lang im Rahmen der Administrativhaft in Gewahrsam gehalten worden. Li Weiguo wurde von den Behörden während des Jahrestages mundtot gemacht, weil er eine Demonstration beantragt hatte, um der Opfer des Massakers auf dem Platz des Himmlischen Friedens zu gedenken. Die aus Guangdong stammenden Bürgerrechtler Zhang Wanhe, Luo Xiangyang, Wu Bin, Yang Chong und Xie Wenfei wurden wegen „Störung der öffentlichen Ordnung“ vor dem Gerichtsgebäude festgenommen (*China Human Rights Defenders Network*, 15.5.2014 / *Guardian*, 13.5.2014).

Der buddhistische Geistliche Sheng Guan (auch bekannt unter seinem bürgerlichen Namen Xu Zhiqiang) wurde gemeinsam mit seinen vier Unterstützern Chai Congfu, Chen Jianxiong, Wan Li und Ma Qiang am 17. Mai 2014 nach einem öffentlichen Vortrag über Buddhismus in Wuhan (Provinz Hubei) festgenommen (*China Human Rights Defenders Network*, 22.5.2014). Sheng Guan wurde im Jahr 2009 als Abt eines buddhistischen Tempels in der Provinz Hunan abgesetzt, weil er in einer Veranstaltung öffentlich des abgesetzten Reformpolitikers Hu Yaobang gedachte, dessen Tod im April 1989 die Demonstrationen im Juni mitausgelöst hatte. Die Festgenommenen werden beschuldigt, die „Staatsordnung gefährdet“ zu haben.

Die Bürgerrechtler Yuan Xinting und Wang Qingying wurden Mitte Mai 2014 von der Polizei in Guangzhou wegen „Störung der öffentlichen Ordnung“ in Gewahrsam genommen.

Am 15. Mai 2014 wurde der Menschenrechtsaktivist Chen Jianfang festgenommen. Seither fehlt von ihm jedes Lebenszeichen (*China Human Rights Defenders Network*, 22.5.2014).

Der für japanische Medien arbeitende Journalist Xin Jian wurde ebenfalls im Mai 2014 von den Sicherheitsbehörden in Gewahrsam genommen. Seine Festnahme könnte mit dem Fall des inhaftierten Menschenrechtsanwalts Pu Zhiqiang in Verbindung stehen, da der Reporter den Juristen mehrfach interviewte.

Der 45 Jahre alte Menschenrechtsaktivist Xu Guang wurde am 9. Mai 2014 in der Stadt Hangzhou festgenommen und wegen „Untergrabung der öffentlichen Ordnung“ formell verhaftet. Dem ehemaligen Studentenführer der Proteste im Juni 1989 wird vorgeworfen, einen Hungerstreik geplant zu haben, um auf die Opfer des Blutbades vor 25 Jahren aufmerksam zu machen (*The Telegraph*, 13.5.2014). Er hatte kürzlich in dem Mitteilungsdienst „Weixin“ Freunde dazu aufgerufen, gemeinsam mit ihm der Getöteten zu gedenken. Jedes Jahr macht er mit Hungerstreiks auf den Jahrestag aufmerksam.

Der in Peking lebende Künstler Chen Guang wurde am 7. Mai 2014 in Gewahrsam genommen, nachdem er im privaten Kreis eine Performance-Darbietung in Erinnerung an das Massaker organisiert hatte. Der 43-Jährige war als Soldat eingesetzt worden, um die Proteste auf dem Platz des Himmlischen Friedens niederzuschlagen und hatte später für seine Mitwirkung an dem Blutbad öffentlich um Vergebung gebeten (*Guardian*, 13.5.2014).

Der Autor Lu Gengsong wurde am 12. Mai 2014 von der Polizei in Peking festgenommen und nach mehrstündigem Verhör unter Hausarrest gestellt. Die Polizei beschlagnahmte seinen Computer und recherchierte die Verbindungen seines Mobiltelefons. Er ist Autor eines Buches über die Korruption in der KP und hatte erst kürzlich in online veröffentlichten Beiträgen die Verfolgung von Bürgerrechtlern kritisiert, die der Opfer des Massakers 1989 öffentlich gedachten. Seine Wohnung stand bereits seit dem 24. März 2014 unter Polizei-Bewachung (*The Telegraph*, 13.5.2014).

Die Journalistin Gao Yu wurde am 24. April 2014 unter dem Verdacht festgenommen, mit der Veröffentlichung eines vertraulichen Redemanuskripts von Staatspräsident Xi Jinping vor Parteikadern auf einer Propaganda-Tagung „Staatsgeheimnisse verraten“ zu haben. Auch von ihrem Sohn Zhao Meng fehlt seit dem 24. April 2014 jedes Lebenszeichen. Der 70-Jährigen drohen bis zu zehn Jahre Haft. Zwar bestreitet die in den USA publizierte Monatszeitschrift *Mingjing Monthly*, das Dokument von ihr erhalten zu haben und verweist darauf, dass das Manuskript eine weite Verbreitung bekommen hat und daher nicht als „Staatsgeheimnis“ gelten könne. Auch weisen Journalisten darauf hin, dass die Reporterin allenfalls ihre beruflichen Pflichten erfüllt habe, sollte sie das Dokument veröffentlicht haben. Bezweifelt wird ihre Schuld auch von dem ehemaligen führenden Parteikader Bao Tong, der nach dem Massaker wegen seiner Kritik sieben Jahre Haft verbüßen musste. Sie sei sicher „nicht kriminell“, es sei an der KP, endlich ihre Dokumente zu publizieren, da die Partei schließlich nicht im Untergrund operiere (*Radio*

Free Asia, 8.5.2014). Gao Yu war am 3. Juni 1989 wegen ihrer Unterstützung der Protestbewegung festgenommen und 450 Tage in Haft gehalten worden. Im November 1994 war sie erneut wegen „Preisgabe von Staatsgeheimnissen“ zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt worden, nachdem sie vier kritische Artikel für das in Hongkong veröffentlichte Magazin *Mirror Monthly* verfasst hatte. In jüngster Zeit hatte sie mehrfach die Korruption führender Parteikader angeprangert.

Der Blogger Gu Yimin wurde im März 2014 von einem Gericht in Changshu (Provinz Jiangsu) zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er im Mai 2013 eine Demonstrationsgenehmigung für den 3./4. Juni 2013 beantragt hatte. Der 36 Jahre alte Mann wurde wegen „Gefährdung der Staatssicherheit“ zu der Haftstrafe verurteilt. Auch hatte der Blogger über seinen Mikroblog Fotos versandt, die zu öffentlichen Protesten im Gedenken an die Opfer des Massakers mobilisierten (*Reuters*, 24.3.2014). Der Beschuldigte wies die Vorwürfe der Staatsanwaltschaft zurück und bekräftigte, er habe nur von seinem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch gemacht (*South China Morning Post*, 25.3.2014).

Die Sprecherin der Vereinigung der „Tiananmen-Mütter“, Ding Zilin, steht in ihrer Heimatstadt Jiaying (Provinz Jiangsu) unter Hausarrest und darf nicht in die Hauptstadt zurückkehren, in der sie seit Jahren lebt. Ding Zilin verlor bei dem Blutbad ihren 17 Jahre alten Sohn. Auch der weltweit bekannte Bürgerrechtler Hu Jia steht seit dem 24. Februar 2014 in Peking unter Hausarrest, um ihn an der Teilnahme an öffentlichen Protesten zum Gedenken an die Opfer des Blutbades zu hindern.

9. Tiananmen-Museum in Hongkong eröffnet

Im August 2014 eröffnete in Hongkong die weltweit erste Dauerausstellung zum Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens. Das Museum, das offiziell unter diesem Namen nicht in China beworben werden kann, profitiert von dem Sonderstatus Hongkongs im Rahmen der Volksrepublik, ohne den eine kritische Aufarbeitung der offiziellen Darstellung des Blutbades nicht möglich gewesen wäre. Die Ausstellungsmacher haben sich zum Ziel gesetzt, der breiten Bevölkerung und den Touristen aus anderen Regionen Chinas einen tiefen Einblick in dieses tabuisierte Kapitel der Geschichte Chinas zu vermitteln (*New York Times*, 24.4.2014).

Dass dies von der Staatsführung Chinas nicht gerne gesehen wird, wurde bei der Eröffnung des Museums deutlich. So verweigerten die Behörden Hongkongs dem im Exil in den USA lebenden Bürgerrechtler Dr. Yang Jianli am 19. April 2014 die Einreise und verhinderten somit, dass er an der Eröffnung der Ausstellung mitwirken konnte (*South China Morning Post*, 20.4.2014). Yang kritisierte das Einreiseverbot, das nicht von Hongkong, sondern von den Behörden in Peking verhängt worden sei, um die

Bewegungsfreiheit von Dissidenten massiv einzuschränken. Nach einem dreistündigen Verhör durch die Grenzbeamten wurde der Regimekritiker in die USA abgeschoben.

10. Freiheit für inhaftierte Regimekritiker

Obwohl die Proteste der Studenten und Arbeiter nun schon 25 Jahre zurückliegen, verbüßen noch immer Menschen Haftstrafen wegen ihrer Beteiligung an den Unruhen. Von den ursprünglich rund 10.000 Inhaftierten, befinden sich heute höchstens noch ein Dutzend Personen in Haft. Der Dissident Wang Binzhang kam erst im Jahr 2002 wegen seines Engagements für die Demokratiebewegung und für die Aufklärung der Hintergründe des Massakers auf dem Platz des Himmlischen Friedens hinter Gitter.

Denn er lebte schon seit Beginn der 80er-Jahre im Exil in Kanada, so dass er trotz seines Einsatzes für Demokratie und Menschenrechte in China lange vor dem Zugriff chinesischer Polizisten sicher war. Das änderte sich erst, als er im Jahr 2002 Vietnam besuchte und während dieser Reise von Sicherheitsbeamten entführt wurde. In China machte man ihm dann den Prozess und verurteilte ihn wegen „Spionage und Terrorismus“ zu lebenslanger Haft.

Seine in Kanada zurückgebliebene Tochter Ti-Anna, die er im Gedenken an die ermordeten Mitstreiter nach dem berühmten Platz in Peking benannt hatte, war zum Zeitpunkt seiner Verhaftung erst 13 Jahre alt. In den vergangenen zwölf Jahren hat sie ihren Vater nur dreimal für eine halbe Stunde abgeschottet hinter einer Glaswand im Gefängnis besuchen können. Die heute 25-Jährige setzt sich engagiert für die Freilassung ihres Vaters ein. Isolationshaft und Psychoterror im Gefängnis haben die Gesundheit von Wang Binzhang schwer beeinträchtigt. Wie viele politische Langzeit-Gefangene quält ihn die Ungewissheit, ob und wann er seine Ehefrau und seine drei Kinder in Kanada wiedersehen kann.

Ti-Anna will sich dieser Ohnmacht nicht beugen und macht unter US-Abgeordneten auf das dramatische Schicksal ihres Vaters aufmerksam. Denn sie weiß, dass dank internationaler Aufmerksamkeit und Druck aus dem Ausland die meisten Überlebenden des Massakers auf dem Platz des Himmlischen Friedens inzwischen aus chinesischer Haft freigekommen sind.

11. Der Opfer gedenken – Einzelschicksale dokumentiert

Chinesische Menschenrechtler und die Hinterbliebenen-Bewegung der „Tiananmen-Mütter“ bemühen sich trotz der von den Behörden betriebenen Tabuisierung und ständiger Einschüchterung, das Gedenken an die Opfer des Blutbades wachzuhalten. Minutiös recherchieren und dokumentieren sie das Schicksal und den Werdegang der bislang oft namenlosen Opfer. Sie wollen damit nicht nur den Verstorbenen ihre Ehre

und Anerkennung erweisen, sondern antworten damit auch auf die von den Behörden betriebenen Kampagnen der Diffamierung der Ermordeten. Sie wollen zeigen, dass die Demonstranten aus allen ethnischen Gruppen der Republik stammten und „Patrioten“ waren, die nur das Beste für ihr Land wollten. Die Recherchen waren oft sehr kompliziert und zogen sich manchmal über Jahre hin, da von den Behörden keine Unterstützung zu erwarten ist.

Lange war er nur als Nummer 202 in der Liste der Opfer der „Tiananmen-Mütter“ registriert. Mehrere Jahre lang recherchierten die Anhänger der Demokratiebewegung sein Schicksal, bis sie Kontakt zu seinen Freunden und Familienangehörigen bekamen. Der Tote mit der Nummer 202 war der nur 20 Jahre alte Student Chen Yongting. Er studierte Wirtschaft an der Zentralen Universität der Nationalitäten in Peking. Getötet wurde der Angehörige der ethnischen Minderheit der Tuwa in der Nacht zum 4. Juni 1989 auf dem Platz des Himmlischen Friedens. Der Student war der Stolz seines Heimatdorfes Tushixiang in den Bergen des Autonomen Bezirks Youyang Tujiazu-Miaozu. Er war der erste und einzige Bewohner seines Dorfes, der an einer Universität studierte. Chen Yongting war der zweite von vier Brüdern, die in dem armen Bergdorf aufwuchsen. Er war der einzige unter seinen Geschwistern, der eine Schulbildung bekam. Einer seiner jüngeren Brüder war geistig behindert und lebte wie die ganze Familie in ärmsten Verhältnissen. Nicht jedes der Dörfer hatte eine Grundschule und so musste er jeden Tag mehrere Stunden lang zu seiner Schule laufen. Doch er lernte gerne und schnell und besuchte später ein Internat. Als er 1986 sein Studium aufnahm, arbeitete sein Vater noch härter, um die Ausbildung des Sohnes mitzufinanzieren. Nach dem Tod des Reformpolitikers Hu Yaobang im April 1989 engagierte sich Chen Yongting in der Protestbewegung. Er nahm nicht nur an Demonstrationen teil, sondern wurde auch in die offizielle Verhandlungsdelegation der Studenten aufgenommen, die Gespräche mit der Staatsführung unter Li Peng führte. Über seinen Tod wurden die Eltern mit einem Telegramm von der Universität informiert. Doch nur der Vater konnte der Einäscherung seines Sohnes beiwohnen. Als es nach seinem Tod Studenten im Jahr 1994 endlich gelang, seine Eltern zu ermitteln und in ihrem Heimatdorf aufzusuchen, begannen sie, die Familienangehörigen finanziell zu unterstützen.

Der 18 Jahre alte Student Liu Hongtao sah es als seine Pflicht an, sich für ein besseres China einzusetzen. Der Student der optischen Technologien am Institut für Technologie in Peking hatte sich der Demokratiebewegung angeschlossen und war auf dem Platz des Himmlischen Friedens als Ordner tätig, um die hungerstreikenden Studenten zu schützen. Ihm wurde von den Sicherheitskräften in beide Beine geschossen. In den frühen Morgenstunden des 4. Juni 1989 erlag er seinen schweren Verletzungen.

Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens

Der 20 Jahre alte Student Wu Guofeng nahm von Beginn der Proteste an an den Demonstrationen teil. Der Student der Betriebswirtschaft an der Renmin Universität beteiligte sich auch fünf Tage lang an dem Hungerstreik auf dem Platz des Himmlischen Friedens. Für die Demokratiebewegung dokumentierte er die öffentlichen Proteste mit unzähligen Fotos, die nach seinem Tod von den Behörden beschlagnahmt wurden. Am Abend des 3. Juni 1989 wurde ihm von Sicherheitskräften in den Hinterkopf geschossen, als er mit Kamera und Fahrrad unterwegs war. Auch stach man mit einem Bajonett in seinen Bauch. Im Krankenhaus erlag er seinen schweren Verletzungen.

Der 27 Jahre alte Dai Jinping studierte Landschaftsarchitektur an der Landwirtschaftlichen Universität in Peking. Am Abend des 3. Juni 1989 wird er von Schüssen in die Brust getroffen und getötet. Alle Hoffnungen der Familie hatten sich auf ihn konzentriert. Nach seinem Tod hütete seine Mutter aus Verzweiflung zwei Jahre lang ihr Bett.

Bei dem Massaker wurden aber auch Menschen getötet, die überhaupt nicht an den Demonstrationen teilgenommen hatten. So geriet der 25 Jahre alte Li Dezhi zufällig in den Kugelhagel der Sicherheitskräfte, als er das Universitätsgelände mit dem Fahrrad verließ. Der Physik-Student der Universität für Post und Telekommunikation in Peking war kurz zuvor von einer Fachkonferenz in einer anderen Stadt zurückgekommen und hatte in seinem Institut über seine Reise berichtet. Auf dem Heimweg wurde er durch einen Bauchschuss niedergestreckt und erlag später seinen Verletzungen.